Rundbrief 03 / 11

attac

Real Democracy Now!

Wir widerstehen der neoliberalen Krisenpolitik



Madrid, Puerta del Sol, 20. Mai 2011, Foto: www.flickr.com/photos/gaelx

Inhalt

Unter starkem Einfluss der deutschen Bundesregierung wird die Krise in ganz Europa dazu genutzt, eine Politik der Umverteilung von unten nach oben zu forcieren. In Griechenland, Irland, Portugal und Spanien wird ein Kürzungspaket nach dem anderen durchgesetzt. Sozialabbau, Lohnkürzungen und Privatisierungen sollen die Krise beenden. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, Armut, Steuerausfälle und wirtschaftliche Rückentwicklung.

Zugleich wird eine europäische Wirtschaftsregierung aufgebaut, die nichts anderes bedeutet als die langfristige Festschreibung dieser Kürzungspolitik: Das Renteneintrittsalter soll überall steigen, die Löhne sollen sinken, die Unternehmen entlastet werden. Länder, deren Schulden zu hoch sind, sollen zusätzlich mit schmerzhaften finanziellen Sanktionen belastet werden. Zudem drohen weitreichende Eingriffe der EU in die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Das ist mit der derzeit existierenden EU, die erhebliche demokratische Defizite aufweist, nichts anderes als Demokratieraub. Schließlich sind es dann nicht mehr die gewählten Parlamente und Regierungen, die das Sagen haben, sondern an vielen wichtigen Stellen die EU-Bürokraten.

Gegen die Krise hilft diese Politik nicht. Sie dient lediglich dazu, die Kosten der Krise nach unten umzuverteilen, um Banken, Konzerne und Vermögende zu schonen. Dagegen regt sich in Europa vielerorts massiver Widerstand. In Spanien und Griechenland sind große Demokratiebewegungen entstanden. Auf den zentralen Plätzen in Madrid und Athen kommen regelmäßig hunderttausende von Menschen zusammen, um „Echte Demokratie jetzt“ und ein Schulden-Audit zu fordern, das in einem transparenten Verfahren offenlegt, wer für die Krise verantwortlich ist.

Am 19. Juni 2011 waren in allen größeren Städten in Griechenland und Spanien, in mehr als 20 französischen Städten und in fast allen europäischen Hauptstädten Hunderttausende auf der Straße, um sich gegen diese Wirtschaftsregierung zu wehren. Auch Attac war mit einer europaweiten Mailaktion sowie öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Berlin und Brüssel dabei.

In Europa entsteht gerade eine Bewegung, die sich das Diktat der Finanzindustrie nicht länger gefallen lässt. Diese Bewegung steht für echte Demokratie und internationale Solidarität und damit auch für eine Politik, die durch eine effektive Finanzmarktregulierung die Macht des Finanzsektors bricht.

Es ist nun an uns dazu beizutragen, dass diese Bewegung genügend Macht entwickelt um dafür zu sorgen, dass am Ende nicht die Banken, sondern die Menschen gestärkt aus der Krise hervorgehen. Attac leistet auch weiterhin einen Beitrag – in Solidarität mit den Menschen in Griechenland und anderswo, die dagegen kämpfen, dass ihnen die Rechnung der Krise präsentiert wird.

Mehr Infos:
www.attac.de/eurokrise

Steffen Stierle, Attac Koordinierungskreis und Projektgruppe Eurokrise
Max Bank, Attac Koordinierungskreis und Projektgruppe Eurokrise

1 EUR 50

Demokratie ist mehr als nur wählen gehen

Proteste gegen die europäische Austeritätspolitik in Spanien, Griechenland und Portugal



Foto: www.flickr.com/photos/ratamala

Wir trauen unseren Augen nicht: Erst die Yasmin-Revolution, die unser Bild von den arabischen Ländern grundlegend erschüttert hat – jetzt die massiven Proteste gegen die Austeritätspolitik in Spanien, Griechenland und Portugal.
Cristina Asensi ist Mitglied von Attac Spanien und dort zusammen mit Carlos Ruiz für das Attac Europe Network zuständig.

Cristina, kannst du für uns beschreiben, was die Leute auf die Straße bringt, wie die Bewegung angefangen hat?
Die Dinge sind einfacher als sie scheinen: Die Leute können sehen und lesen und sie verstehen viel mehr, als die von privaten Konzernen kontrollierten Medien ihnen weiß machen wollen. Immer mehr Leute informieren sich anders. Sie haben kapiert, dass die Finanzelite, die Politiker und andere einen Riesenschwindel aufgezogen haben, und sie sind es Leid, das hinnehmen zu müssen. Den Leuten ist klar, dass die Rettungsaktionen für die Banken eine kriminelle Farce waren: Denn die Banken benutzen jetzt genau dieses Geld, um gegen die verschuldeten Staaten zu spekulieren, die zusätzlich unter Druck sind durch den finanziellen Terrorismus der Rating-Agenturen. Gleichzeitig haben hunderte Familien ihre Wohnungen verloren, Kleinunternehmen haben dicht gemacht, weil sie keine Kredite bekamen, 45 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Tausende haben kapiert, dass sie nicht in einer wahren Demokratie leben. Folgerichtig fordern wir: Echte Demokratie – jetzt!

Stimmt es, dass die Bewegung nach dem Essay des französischen Résistance-Kämpfers Stephan Hessel benannt ist?
Es gab zwei wichtige Bücher, die unmittelbar vor den Demonstrationen erschienen sind: Eines davon ist „Empört euch!" von Stephan Hessel, das du erwähnt hast. Das Buch hat der Bewegung den Namen gegeben, weil es auf den Punkt bringt, um was es geht: Es sind empörte Bürger, Indignados, die die Lügen satt haben. Das zweite Buch ist in Spanien erschienen mit dem Titel „Reacciona" – „Handle!" Zuerst empörst du dich, und dann, als logische Konsequenz, solltest du handeln.

Die Indignados kommen aus sehr verschiedenen Teilen der Gesellschaft. Wie organsiert ihr euch untereinander?
Es ist ganz wichtig zu verstehen, dass die Leute, die auf die Straße gehen, das als Individuen tun. In dem Aufruf für den globalen Aktionstag am 19. Juni haben wir geschrieben: „Keine politischen Parteien, keine Organisationen, keine Gewerkschaften repräsentieren uns. Wir wollen, dass jede und jeder für sich selbst spricht." Das ist eines der Grundprinzipien der Bewegung.
Wir arbeiten jetzt lokal: Das heißt, es sind tausende von Bürgerversammlungen entstanden, auf Stadtteilebene und in Gemeinden, als Orte für öffentliche Debatten. BürgerInnen organisieren sich in Arbeitsgruppen und diskutieren, wie wir aus der Krise raus kommen und wie wir eine gerechtere Gesellschaft bauen können. Diese Versammlungen vernetzen sich zunehmend auch auf nationaler Ebene.
Echte Demokratie ist einfach mehr, als nur alle vier Jahre wählen zu gehen. Das heißt, sich als BürgerIn in den politischen Prozess einzumischen. Echte Demokratie entsteht durch Techniken direkter Demokratie, durch Rechenschaftspflicht der PolitikerInnen gegenüber ihren WählerInnen, durch Transparenz in Entscheidungsprozessen und, ganz wichtig, durch den Zugang zu einer würdigen Existenz für alle.

Auf der einen Seite fordert die Bewegung mehr Demokratie und einen Politikwechsel. Auf der anderen Seite haben die konservativen Parteien gerade die letzten Wahlen in Spanien und Portugal gewonnen. Wie geht das zusammen?
Wer der Bewegung vorwirft, versagt zu haben, weil sie den Ausgang der Wahlen nicht beeinflussen konnte, hat den Kern der Sache nicht verstanden. Einer der Motoren der Bewegung ist die Enttäuschung von weiten Teilen der Gesellschaft, die sehen, dass die politischen Parteien, die ihre Interessen vertreten sollten, dies einfach nicht tun. Die politische Tagesordnung wird von ganz anderen „Akteuren" diktiert als von den BürgerInnen. Ein viel verwendeter Slogan ist: „No nos representan!" – „Sie repräsentieren uns nicht!". Der Vertrauensverlust in die traditionellen Parteien ist eine der Wurzeln der Proteste.

Wie geht es jetzt weiter?
Nach dem Erfolg des globalen Aktionstags gegen die so genannte europäische Wirtschaftsregierung am 19. Juni rufen wir für den 15. Oktober zu einem weiteren globalen Aktionstag auf. Aber die BürgerInnenversammlungen sind eher lokal ausgerichtet. Wir haben eine Reihe konkreter Forderungen aufgestellt (die kann man auf der Democracia Real Ya Website nachlesen) und diskutieren weitere Ideen auf lokalen Versammlungen. Wir bereiten auch Aktionen vor, um die Umsetzung voranzutreiben.
Gleichzeitig werden wir uns weigern, uns von Politikern und Medien, die uns ihre Fristen diktieren wollen und uns unter Druck setzen, fertige Lösungen auf den Tisch zu legen, zur Eile treiben zu lassen. Wir haben bereits eine Reihe von grundlegenden Vorschlägen erarbeitet, die uns verbinden, und wir lassen uns nicht deren Agenda diktieren.

Interview: **Lena Bröckl**

An den Ursachen der Krise vorbei

Die neue Economic Governance der Europäischen Union

Die europäische Schuldenkrise wird dazu genutzt, die wirtschaftspolitische Architektur in Europa neu zu ordnen. Offiziell heißt es, dass durch verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik die Handlungsfähigkeit und Krisenfestigkeit der EU verbessert werden soll. Allerdings zeigt sich, dass die geplanten Maßnahmen eine Machtverschiebung zugunsten der Finanzbürokratie der Europäischen Kommission und eine Stabilisierung von neoliberalen wirtschaftspolitischen Rezepten zur Folge haben.

Mit bemerkenswertem strategischen Geschick ist es dem Präsidenten des Europäischen Rates gemeinsam mit der Kommission und den überwiegend neoliberalen Regierungen der Mitgliedsstaaten gelungen, im Bann der Krise ein Regelwerk zu kreieren, das die Mitgliedsstaaten unter Sanktionsandrohung für die nächsten Jahrzehnte auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik festlegt.

Das so genannte Economic Governance Paket enthält sechs Rechtstexte, die den Kern der neuen wirtschaftspolitischen Regeln der EU bilden. Durch einen höchst undemokratischen politischen Entscheidungsprozess sollen sie noch im Juli 2011 verabschiedet werden. Der Prozess ist gekennzeichnet von Geheimverhandlungen, Zeitdruck und dem Fehlen öffentlicher Informationen und Diskussionen.

Die Maßnahmen des Paketes beziehen sich vor allem auf zwei Bereiche:

– Es wird ein Indikatorenset eingeführt, das „makroökonomische Ungleichgewichte“ in der Eurozone frühzeitig erkennen soll. Dieses Set beinhaltet vor allem Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit. Wenn ein Land zu wenig wettbewerbsfähig ist (beispielsweise wegen zu hoher Löhne oder Sozialausgaben), dann drohen schmerzhafte Sanktionen. Realwirtschaftliche Indikatoren wie Arbeitsmarktentwicklung oder Einkommensverteilung werden erst gar nicht zur Bewertung eventueller Ungleichgewichte herangezogen. Das bringt die einseitige wirtschaftspolitische Ideologie deutlich zum Ausdruck.

– Die Vorschriften zur Haushaltsdisziplin werden verschärft. Neben dem staatlichen Defizit wird auch der Schuldenstand verstärkt einbezogen. Die neuen Regeln werden zu verschärften Kürzungspaketen und einem Rückbau des öffentlichen Sektors führen. Werden die Regeln nicht eingehalten, dann kommt es zu finanziellen Sanktionen und weitreichenden Eingriffsrechten der Kommission in die nationalstaatliche Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Die Strafzahlungen sollen in beiden Bereichen de facto automatisch in Kraft treten. Sanktionsvorschläge der Kommission gelten als angenommen, wenn der Rat diese nicht innerhalb von zehn Tagen mit qualifizierter Mehrheit ablehnt. Diese extrem kurze Frist wird dazu führen, dass es kaum möglich ist, einen Sanktionsmechanismus politisch zu stoppen.

Dieses Paket ist demokratiepolitisch höchst bedenklich, da die Einschätzung sensibler wirtschaftspolitischer Maßnahmen, für die bisher gewählte Parlamente und Regierungen zuständig waren, an bürokratische, automatisierte Mechanismen übertragen wird. Das führt zu einer Machtkonzentration in den Händen undemokratischer Institutionen. Zudem wird die Abhängigkeit von den Finanzmärkten weiter erhöht.

An den Ursachen der Krise geht das Paket vorbei. Diese liegen in der Deregulierung der Finanzmärkte, Leistungsbilanzungleichgewichten zwischen den Staaten und in einer sich weltweit polarisierenden Vermögensverteilung. Lediglich zu ausgewählten Wettbewerbsaspekten makroökonomischer Ungleichgewichte wird ein Vorschlag gemacht. Die anderen Themen werden ignoriert. Mehr noch: Die vorgesehenen Reformen werden als unausweichlich dargestellt, da die Finanzmärkte sonst die Staaten in den Ruin treiben würden. Bei der Reform der Finanzmärkte, einer Finanztransaktionssteuer oder Maßnahmen zur Eindämmung des Steuerwettlaufs nach unten gibt sich die EU-Kommission hingegen sehr zurückhaltend.

Alles in allem lässt sich konstatieren, dass die Krise genutzt wird, um eine „neoliberale wirtschaftspolitische Zwangsjacke“ zu schaffen, die den wirtschaftspolitischen Kurs Europas auf lange Zeit bestimmt. Die Folgen sind Staats-, Sozial- und Demokratieabbau zugunsten von Konzernen, Banken und Vermögenden.

Diese Politik ist keineswegs alternativlos. Eine Krisenpolitik, die von den Ursachen der Krise ausgeht, muss bei den Finanzmärkten und den stark steigenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten anknüpfen. Strenge Regeln zur Regulierung der Finanzmärkte, ein ernsthaftes und koordiniertes Vorgehen gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sind Maßnahmen, die notwendig wären. Zudem braucht Europa eine Politik der Angleichung sozialer und ökonomischer Standards auf hohem Niveau, zum Beispiel mit europaweiten Mindestlöhnen, Mindeststandards in den sozialen Sicherungssystemen, öffentlichen ökologischen Investitionen sowie einem Abbau des Wettbewerbs zwischen den Staaten, zum Beispiel durch eine europaweite Besteuerung von Unternehmen und Vermögen. Obendrein sind Ausgleichsmechanismen notwendig, um sicherzustellen, dass der Wettbewerb nicht einseitig über die Lohnpolitik ausgetragen wird.



Protestaktion vor dem Europäischen Rat in Brüssel, Foto: Sami Atwa

Elisabeth Klatzer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin, Vorstand Attac Österreich

www.attac.at
www.attac.org/en/what-we-do/campaigns/europe

Elisabeth Klatzer nimmt auch an der ENA 2011 in Freiburg teil. Am 12.8. spricht sie auf dem Forum „Wirtschaft und Wege aus der sozialen Krise“ zur europäischen Austeritätspolitik und wird alternative Wege aufzeigen, die öffentliche Verschuldung zu reduzieren.

Warum Griechenland ein Schulden-Audit braucht ...

... und wie es durchgesetzt werden soll

Seit Wochen protestieren in allen größeren Städten in Griechenland Tag für Tag tausende von Menschen gegen die Sparpolitik. Meist treibt sie die pure Angst auf die Straße. Immer mehr Menschen müssen starke Einkommenseinbußen hinnehmen. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 15 Prozent gestiegen, Tendenz weiter steigend. In den Innenstädten müssen immer mehr Läden schließen. Im Zentrum von Athen steht mittlerweile jedes vierte Geschäft leer. Bei immer mehr Menschen gehen jetzt auch die Ersparnisse zur Neige. Menschen verlieren ihre Wohnung, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. In den Suppenküchen gehört das, was einmal die Mitte der Gesellschaft war, zunehmend zum Stammpublikum, und die Regierung droht bereits mit dem nächsten Sparprogramm.



Foto: www.flickr.com/photos/37886168@N07

Gleichzeitig werden immer mehr neue Fälle von Korruption aufgedeckt. Vor kurzem wurde zum Beispiel das deutsche Unternehmen Ferrostaal von einem deutschen Gericht zu einer Zahlung von 277 Millionen Euro verurteilt. So hoch sollen Extragewinne ausgefallen sein, die durch Schmiergeldzahlungen vor allem im Zusammenhang mit Verkäufen von U-Booten nach Griechenland zustande gekommen sein sollen. Ähnliche Vorwürfe gibt es auch gegenüber vielen weiteren Konzernen. Allein Siemens soll in Griechenland Schmiergelder von bis zu 100 Millionen Euro verteilt haben.

Vor diesem Hintergrund fordern jetzt immer mehr Menschen in Griechenland, ein so genanntes Schulden-Audit durchzuführen. Darunter versteht man eine transparente und öffentliche Untersuchung der griechischen Staatsschulden. Statt eines unter intransparenten Bedingungen mehr oder weniger willkürlich zustande gekommenen Haircuts soll es einen transparenten, demokratisch gesteuerten Prozess geben, bei dem die Akteure nicht in erster Linie den Gläubigern, sondern der Bevölkerung rechenschaftspflichtig sind. Wer Forderungen gegenüber dem griechischen Staat erhebt, muss nachweisen, dass diese legal und legitim entstanden sind. Ähnlich wie in einem deutschen Privatinsolvenzverfahren muss auch die Tragfähigkeit der Forderungen untersucht werden. Schulden, die illegal oder illegitim sind oder einfach nicht zurückbezahlt werden können, müssen erlassen werden. Auch dabei ist auf soziale Ausgewogenheit zu achten. Bei Schulden-Audits, die bereits erfolgreich in Lateinamerika durchgeführt wurden, hat man festgestellt, dass viele Staaten neben den durch öffentlich gehandelte Schuldverschreibungen aufgenommenen Krediten auch direkte Darlehen bei Großbanken haben, die bei einem herkömmlichen Schuldenschnitt meist außen vor bleiben. So müssen auch auf Gläubigerseite bei einem Haircut vor allem Kleinanleger bluten, die ihre Interessen in einem solchen Verfahren im Vergleich zu Großbanken weniger gut durchsetzen können. In einem Schulden-Audit ist es hingegen möglich, dafür zu sorgen, dass für Kleinanleger extra Regeln gelten. Ein weiterer Punkt, bei dem dringend mehr Transparenz notwendig ist, sind die Gebührensätze der Banken, sowohl bei der Vergabe der ursprünglichen Kredite als auch bei einer Umschuldung.

In Griechenland gibt es mittlerweile ein Komitee, das sich die Durchsetzung eines solchen Audits zur Aufgabe gemacht hat. Im Moment werden im ganzen Land Unterschriften für die Einsetzung einer Audit-Kommission gesammelt. Bei den in Griechenland stattfindenden Protesten ist das Schulden-Audit bereits zu einer der am meisten unterstützten Forderungen geworden. Anfang Mai fand in Athen eine große Konferenz statt, auf der erstmals ein systematischer Austausch zwischen Menschen organisiert wurde, die in den Ländern des Südens seit vielen Jahren zu dem Thema arbeiten und Akteuren, die aus den jetzt neu von Schuldenkrisen betroffenen Euro-Ländern kommen. Mittlerweile gibt es auch eine ähnliche Initiative in Irland. Attac Portugal will demnächst eine Kampagne für ein Schulden-Audit in Portugal fordern.

Attac Deutschland unterstützt die Forderung nach einem Schulden-Audit und will sie in den nächsten Monaten auch in Deutschland bekannter machen.

Deutsche Übersetzung des Aufrufs für ein Schulden-Audit:
http://sandimgetriebe.attac.at/9381.html
Aufruf unterschreiben (griechisch und englisch):
www.gopetition.com/petition/43171.html
Abschlusserklärung der Konferenz in Athen:
www.attac.de/aktuell/eurokrise/athen-blog/erklaerung

Stephan Lindner, Politikwissenschaftler und Attac Koordinierungskreis

Abschied vom Wirtschaftswachstum

Der Diskurs über eine Postwachstumsgesellschaft geht weiter


Postwachstumskongress Mai 2011 in Berlin, Foto: Fiona Krakenbürger, www.echtfotografie.de

Vom 20. bis 22. Mai 2011 fand in Berlin der Kongress „Jenseits des Wachstums?!" statt. Tanja von Egan-Krieger ist Philosophin an der Uni Greifswald und war aktiv an der Vorbereitung des Postwachstumskongresses in Berlin beteiligt. Im Interview zieht sie ein Resumee.

Liebe Tanja, ein Kongress mit rund 2.500 TeilnehmerInnen ist ein großer Erfolg. Hut ab! Das beweist, dass das Thema einen Nerv getroffen hat. Wie hast du das vor Ort in Berlin erlebt, mit welchen Erwartungen sind die Leute an die TU gekommen?
Zuerst einmal freue ich mich darüber, dass das Thema auf so großes Interesse gestoßen ist. In anderen Ländern Europas – insbesondere in Südeuropa – gibt es ja bereits breite soziale Bewegungen, die sich mit Wachstumskritik auseinandersetzen. In Deutschland dagegen sah das bisher anders aus. Ich bin zuversichtlich, dass es uns mit dem Kongress gelungen ist, eine breite Diskussion in den sozialen Bewegungen in Deutschland anzustoßen.
Nach meinem Eindruck trieb viele Teilnehmer auch die Frage um, was sie selbst tun können, um den eigenen Lebensstil vom Wachstumszwang unabhängiger zu machen. Deswegen möchte ich diesen Punkt hier kurz aufgreifen. Ich hoffe, dass es auf dem Kongress gelungen ist, deutlich zu machen, dass eine Änderung des individuellen Lebensstils nicht ausreicht Wir dürfen uns nicht mit der Rolle als kritischer Konsument zufrieden geben, sondern sollten uns stets als aktive Bürger in politische Prozesse einmischen und damit Einfluss auf die politischen Rahmenbedingungen nehmen.

Warum findest du das Thema wichtig?
Jeder, der sich für eine gerechtere Welt einsetzt, muss auch für eine drastische Reduzierung des Naturverbrauchs der Industrieländer eintreten. Will man beispielsweise den Klimawandel in gerade noch vertretbaren Grenzen halten (das so genannte 2-Grad-Ziel) und räumt zugleich allen Menschen das gleiche Recht zur Erzeugung von CO2 ein, so müssten die CO2-Emissionen in den Industrieländern bis 2050 um 90 Prozent gesenkt werden. Diese Zahl macht deutlich, dass eine Entkopplung von Wachstum und Naturverbrauch in enormem Ausmaß erfolgen müsste. Das ist unrealistisch. Und selbst wenn man die theoretische Möglichkeit für die Zukunft nicht ausschließen möchte: Wir sollten zumindest damit rechnen, dass wir aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber den Ländern des Südens und gegenüber künftigen Generationen von weiterem Wirtschaftswachstum Abschied nehmen müssen. Daher sollten wir uns schon heute der Frage stellen, wie man solch einen Transformationsprozess zu einer Gesellschaft ohne Wachstum gerecht gestalten kann.
Darüber hinaus sollten wir uns auch die Frage stellen, ob ein auf Wachstum beruhender Entwicklungspfad überhaupt wünschenswert ist. In was für einer Gesellschaft wollen wir leben, und ist dies mit einem Zwang zum Wachstum vereinbar?

Ein sehr breites Spektrum hat diesen Kongress getragen. Wie habt ihr alle unter einen Hut bekommen?
Das war manchmal gar nicht so einfach. Gerade zu Beginn der Planung des Kongresses gab es heftige inhaltliche Auseinandersetzungen – auch innerhalb der Vorbereitungsgruppe von Attac. Ich denke, es war auch notwendig, diese Auseinandersetzungen zu führen, schon allein um ein Verständnis für die jeweiligen Positionen zu erreichen. Je näher der Kongress rückte, desto mehr rückte dann der Wunsch nach einem gut organisierten Kongress in den Vordergrund. Mit den beteiligten Stiftungen hat sich daher die Absprache ergeben, dass die Podien gemeinsam geplant, die Foren und Workshops dagegen in jeweiliger Eigenverantwortung organisiert werden.

Zeichnen sich trotz aller Unterschiede in den Positionen tragfähige Gemeinsamkeiten ab?
Der Grundkonsens besteht darin, dass das Wachstum in seiner heutigen Form gegenüber jetzt und in Zukunft lebenden Menschen in sozialer und ökologischer Hinsicht ungerecht ist. Zudem besteht Einigkeit darin, dass die ökologischen und sozialen Dimensionen von Fairness prinzipiell gleich zu gewichten sind. Dieser Grundkonsens konnte im Laufe des Kongresses nicht ausgeweitet werden. Dafür ist ein Kongress aber auch das falsche Format. Der Kongress war von vornherein dazu gedacht, das Thema Wachstumskritik in die beteiligten Organisationen und Netzwerke sowie in die Gesellschaft zu tragen. Ich wünsche mir, dass es uns innerhalb von Attac gelingt, den Diskurs über Wachstumskritik und eine Postwachstumsgesellschaft lebendig zu halten.

Wie geht es weiter? Wird das Thema auf der ENA in Freiburg vertreten sein?



Auf der ENA wird es vier Themenachsen geben, von denen eine das Thema Postwachstum aufgreift. Es besteht also reichlich Gelegenheit, die Diskussionen des Kongresses auf der ENA im August fortzusetzen.

Interview: **Lena Bröckl**



„Steuer gegen Armut“, Foto: Fiona Krakenbürger, www.echtfotografie.de



RWE-Hauptversammlung, Foto: dpa

Rückblick

31. März 2011

Attac-Aktive gründen Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“

Attac-AktivistInnen gründen den Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“ (GiB), der sich bundesweit für die Daseinsvorsorge stark machen wird. Ziel des Vereins ist es, gegen Privatisierung aktive Gruppen miteinander zu vernetzen und ihre Position durch gemeinsame bundesweite Kampagnen zu stärken.

6. April 2011

Attac-Video zu neuem Song von „Wir sind Helden“

Attac dreht ein Video zum Song „23.55: Alles auf Anfang“ der Band „Wir sind Helden“ und veröffentlicht es im Internet. Die Band hat das Lied den Attacies als „Liebesbeweis“ überlassen. Die Botschaft des Songs passt prima zu Attac und seinem wichtigsten Anliegen: sich nicht von angeblich alternativlosen Sachzwängen bange machen zu lassen und selbst aktiv zu werden für gesellschaftliche Veränderung. Kommentar von Helden-Frontfrau Judith Holofernes: „Da hat unser Lied ein Zuhause gefunden!“

8. April 2011

Attac veröffentlicht Liste deutscher Banken in Steueroasen

Attac veröffentlicht eine Liste von Tochtergesellschaften, Zweckgesellschaften und assoziierten Unternehmen deutscher Banken in Steueroasen. Die Ergebnisse der Recherche sind frappierend: Die Deutsche Bank etwa unterhält auf den Caymans mehr Niederlassungen und Zweckgesellschaften als in Frankfurt am Main. Mit hunderten von Niederlassungen in Schattenfinanzplätzen enthalten die Banken der Allgemeinheit Steuern in Milliardenhöhe vor – als hätten sie nie von staatlichen Bankenrettungen profitiert.

14. April 2011

Durchsuchung im Attac-Bundesbüro

Das Attac-Bundesbüro in Frankfurt am Main wird im Auftrag der Staatsanwaltschaft München durchsucht. Angeblich hat Attac mit der Veröffentlichung eines Gutachtens zur BayernLB im Internet das Urheberrecht verletzt. Der Vorwurf ist offenkundig vorgeschoben, tatsächlich soll wohl der „Whistleblower“ gefunden werden. Das im Auftrag des bayerischen Landtages erstellte Gutachten hatte die Haftbarkeit des Vorstandes sowie des Verwaltungsrates der BayernLB festgestellt, denen hochrangige bayerische Politiker angehörten.

20. April 2011

Nachdrücklicher Empfang für RWE-Aktionäre

Unter dem Motto „Atomkraft abschalten! Stromkonzerne entmachten“ protestieren Attac-AktivistInnen gemeinsam mit rund 500 anderen DemonstrantInnen bei der RWE-Hauptversammlung in der Essener Grugahalle. Etwa 100 AktivistInnen – unter ihnen auch viele Attacies – blockieren den Zugang zur Halle. In der Halle entrollen Attac-Aktive zu Beginn der Rede von RWE-Chef Jürgen Großmann Banner.

25. April 2011

25 Jahre Tschernobyl: Mehr als 120.000 bei Anti-Atom-Protesten

25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl protestieren allein in Deutschland mehr als 120.000 Menschen gegen Atomenergie. Vor zwölf Atomanlagen machen sie klar, dass sie die überall in Land lauernde Gefahr nicht länger hinnehmen und nicht locker lassen werden, bis alles AKWs abgeschaltet sind – endgültig. Attac hat die Proteste mit organisiert.

20. bis 22. Mai 2011

Kongress setzt Wachstumskritik auf politische Agenda

2500 Menschen diskutieren beim Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ in Berlin. Der enorme Andrang gerade auch junger Leute zeigt, wie sehr den Menschen die Frage nach Alternativen zu einer vom Wachstumszwang getriebenen Gesellschaft unter den Nägeln brennt. Ihnen ist klar, dass die globalen Krisen – von der Atomkatastrophe in Japan über Klimawandel und Energiekrise bis zur Weltwirtschaftskrise und der wachsenden sozialen Ungleichheit weltweit – keine Betriebsunfälle sind, sondern im System selbst wurzeln. Mit dem Kongress gelingt es Attac, die Kritik am Wachstumsparadigma und die Suche nach Auswegen auf die politische Agenda zu setzen.

26. Mai 2011

Deutsche Bank: Schwarze Zahlen durch dunkle Geschäfte

Unter dem Motto „Schwarze Zahlen durch dunkle Geschäfte“ protestieren Attac-AktivistInnen bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt am Main. Über die Köpfe der ankommenden Aktionäre halten sie Papp-Sprechblasen, auf denen Aussagen stehen wie „Ich finanziere Waffen und Kriege. Ich bin Deutsche-Bank-Aktionär“ oder „Im Krisenfall zahlst Du. Ich bin Deutsche-Bank-Aktionär“. In der Halle entrollen Attacies zu Beginn der Rede von Josef Ackermann Protest-Banner.

1. bis 5. Juni 2011

Aktionsakademie in Schwäbisch Hall

Gute Aktionen fallen nicht vom Himmel – aber bei guter Atmosphäre und strahlendem Sonnenschein lernt sich das benötigte Handwerkszeug gleich viel leichter. Bei der Attac-Aktionsakademie in Schwäbisch Hall üben sich die rund 100 TeilnehmerInnen in Straßentheater, Sambatrommeln, Klettern, kreativen Info-Ständen,



Aktionsakademie, „Krötenwanderung jetzt!“

zivilem Ungehorsam und und und. Kurz: Sie lernen, den Protest auf die Straße zu bringen. Und der Theorie folgt nach drei Tagen gleich die Praxis mit einer bunten Demonstration durch die Schwäbisch-Haller Innenstadt unter dem Motto „Krötenwanderung jetzt! Bank wechseln – Politik verändern!“.

7. Juni 2011

Co-Präsidentin von Attac Frankreich kandidiert als IWF-Chefin

Die Co-Präsidentin von Attac Frankreich, Aurélie Trouvé, bewirbt sich für das Amt der Geschäftsführenden Direktorin des Internationalen Währungsfonds. Die 31-jährige Ökonomin und Dozentin will den IWF in ein demokratisches Gremium verwandeln, für das die weltweite Stabilität der Finanzmärkte Vorrang hat vor den Profitinteressen einiger.

19. Juni 2011

Proteste gegen die Troika aus EU, EZB und IWF

Gemeinsam mit der spanischen Gruppe Democracia Real Ya! und den griechischen AktivistInnen von Real Democracy Now! demonstrieren Attacies gegen den europapolitischen Kurs der Bundesregierung. Unter dem Motto „Der Troika die Fäden aus der Hand nehmen“ kritisieren sie die Politik der Sozialkürzungen, die in Südeuropa von der EU, der EZB und dem IWF vorangetrieben werden.

21. Juni 2011

Aktion für „Steuer gegen Armut“

AktivistInnen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ rollen – als Robin Hood und seine HelferInnen verkleidet – mannshohe Euro-Münzen mit der Beschriftung „FTS-Euros“ durch Berlin bis vor das Bundeskanzleramt. Dort fordern sie Angela Merkel auf, ihre Amtskollegen in Brüssel von einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer zu überzeugen.

22. Juni 2011

Attac-Gründungsforderung vor Durchbruch in der EU

Die Attac-Gründungsforderung steht vor einem sensationellen Erfolg: EU-Kommissionspräsident Barroso bekräftigt im EU-Parlament seinen Vorstoß für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU. Auch Steuerkommissar Algirdas Semeta spricht sich dafür aus.

23. Juni 2011

Attacies entrollen Banner im EU-Parlament

Während der Debatte im EU-Parlament entrollen Attacies überraschend ein Banner mit der Aufschrift „No to this Economic Governance!“ – „Nein zu dieser Wirtschaftsregierung!“.

24. Juni 2011

Diese EU-Wirtschaftsregierung ist Sozial- und Demokratieraub

Attac-AktivistInnen aus ganz Europa demonstrieren vor dem Europäischen Rat in Brüssel gegen die EU-Wirtschaftsregierung: Griechenland, Spanien und Irland (dargestellt von AktivistInnen) opfern der Troika aus EU, IWF und EZB (ebenfalls AktivistInnen) Arbeitsplätze, öffentliches Eigentum und Demokratie. Denn die „Reformen“ in Südeuropa sind ein abschreckendes Beispiel dafür, was passiert, wenn eine von oben verordnete Sparpolitik zum einzigen Lösungsansatz mutiert.

Ausblick

19. bis 24. Juli 2011

Aktionswoche: Zehn Jahre Genua!

Zum zehnten Mal jähren sich die G8-Proteste von Genua. Auf eine Woche lebendiger Diskussionen und machtvoller Demonstrationen folgte 2001 eine brutale Orgie der Polizeigewalt. Attac ruft mit auf zu einer Aktionswoche in Genua. Auf dem Forum der Alternativen am 21. Juli bieten Attac Italien und Attac Deutschland ein ganztägiges Seminar an. Am 23. Juli wird es eine große Demonstration geben.
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

9. bis 14. August 2011

European Network Academy for Social Movements in Freiburg

Nach dem großen Erfolg der europäischen Attac-Sommeruniversität 2008 geht es weiter mit der European Network Academy for Social Movements (ENA) in Freiburg. Unter dem Motto „Unsere gemeinsame Zukunft bauen! Alternativen für eine bessere Welt entwickeln!“ wird die ENA ein wichtiger Ort sein, um Aktionen und Kampagnen international aufeinander abzustimmen und grenzüberschreitende Projekte zu verabreden. Erwartet werden auch AktivistInnen aus vielen außereuropäischen Ländern wie Japan, Marokko und Togo.
www.ena2011.eu

23. bis 27. August 2011

Aktion beim Treffen der Wirtschafts-Nobelpreisträger in Lindau

Alle zwei Jahre kommen in Lindau am Bodensee die Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften zu einer Tagung zusammen. Unter den gefeierten 20 Preisträgern sind viele Verfechter neoliberaler Wirtschaftstheorien. Selbst Myron Scholes und Robert Merton, die ehemaligen Direktoren des 1998 wegen massiver Fehlspekulationen zusammengebrochenen Hedgefonds Long-Term Capital Management (LTCM), sind dabei. Die Tagung ist ein guter Anlass, die Attac-Kritik am neoliberalen Wirtschaftsmodell in die Öffentlichkeit zu tragen. Attac-Gruppen rund um den Bodensee bereiten Aktionen vor – und suchen noch MitstreiterInnen! Kontakt:
www.attac-netzwerk.de/lindau/kontakt
www.lindau-nobel.org

15. Oktober 2011

Europaweiter Aktionstag für echte Demokratie

Die spanische Bewegung Democracia Real Ya! ruft für den 15. Oktober zu einem internationalen Aktionstag auf. Das europäischen Attac-Netzwerk wird sich beteiligen. Weitere Infos folgen.
www.attac.de/eurokrise

28. bis 30. Oktober 2011

Herbstratschlag in Saarbrücken

Der Ratschlag ist das höchste Gremium von Attac. Hier werden zentrale Entscheidungen getroffen. Beim Herbstratschlag legen die Aktiven die zentralen Strategien und Attac-Projekte der kommenden Monate fest, verabschieden den Haushalt und wählen bundesweite Gremien. Der Ratschlag ist öffentlich.
www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/gremien/ratschlag

November 2011

Proteste gegen den G20-Gipfel in Cannes

Im November kommen die VertreterInnen der 20 mächtigsten Industrie- und Schwellenländer in Cannes zusammen. Attac ruft dazu auf, sich den Protesten in Frankreich anzuschließen und gemeinsam Vorschläge für solidarische und demokratische Antworten auf die globale Krise an die Öffentlichkeit zu tragen. Weitere Infos folgen.
www.attac.de/aktuell/nog8

Alle Termine:
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Menschen in Attac:
„Nägel mit Köpfen“
Wir freuen uns über unser 25.000stes Mitglied!

Jetzt ist es soweit: Wir konnten im Juni das 25.000ste Attac-Mitglied in Deutschland begrüßen! Edeltraud W. ist 45, Technische Angestellte mit einem erwachsenen Sohn, und freut sich, dass sie sich zu diesem Schritt entschlossen hat:
„Meine Berufstätigkeit, meine vielseitigen Interessen und mein Engagement auch auf anderen Gebieten lassen mir eigentlich nicht viel Zeit. Doch auch wenn ich nicht bei allen Aktivitäten von Attac dabei sein kann, will ich Attac mit meiner Mitgliedschaft unterstützen. Damit meine ich nicht nur in Form des Mitgliedsbeitrags; mit einer Attac-Mitgliedschaft beziehe ich auch Stellung und stärke die Bewegung. Ich bin zwar schon seit vielen Jahren Mitglied bei den Grünen, aber ich denke, das reicht nicht. Viele Themen nehmen die Parteien nur deshalb auf, weil außerparlamentarisch Druck erzeugt wird.“

Wie verlief dein politischer Weg bislang?
„Politisiert wurde ich schon ganz früh, ich habe große Schwestern“ (lacht), „die haben mich damals Anfang der 80er schon zu Demos gegen die Pershing II mit auf die Straße genommen – ob es meinem Vater gepasst hat oder nicht. Danach kamen Ostermärsche, Gewerkschaftsarbeit … und dann mein Studium in den USA. Diese Zeit im Ausland hat mich sehr geprägt, ich habe so viele interessante Menschen aus aller Welt kennengelernt, mit denen ich angeregte politische Diskussionen geführt und eben wieder viel auf Demonstrationen war – quer durch alle Alters- und Einkommensschichten. Das hat mein Interesse an internationalen Zusammenhängen unglaublich bestärkt.“

Und warum gerade Attac?
„Ich habe gemerkt, dass hier einfach die Themen zu Hause sind, die mir am Herzen liegen. Zum einen fand ich bemerkenswert, wie kompetent Attac sich zur Bankenkrise äußerte, während andere noch lange im Trüben fischten. Zum anderen beschäftige ich mich nun in meinem Weiterbildungsstudium wieder viel mit Stadtentwicklung und Öffentlichem Raum: Dass Attac die ständig schleichenden Privatisierungsprozesse öffentlich macht, finde ich deshalb sehr gut. Und deshalb habe ich jetzt Nägel mit Köpfen gemacht.“



Herzlich Willkommen Edeltraud – und herzlich Willkommen auch an alle, die sich vielleicht jetzt angesprochen fühlen, es ihr nachzutun und ebenfalls „Nägel mit Köpfen“ zu machen!

Neue Kampagne:
Krötenwanderung jetzt!
Bankwechselpartys, Postbankaktionen und mehr



Irritiert schaut der Herr im schwarzen Anzug nach oben. Über seinem Kopf schwebt eine Sprechblase „Ich mache Arme hungrig – ich bin Deutsche Bank Aktionär“. Etwa ein Dutzend Attacies empfangen die herbeieilenden Aktionäre vor der Hauptversammlung der größten deutschen Bank in Frankfurt am Main. Das große Banner ist weithin lesbar: „Schwarze Zahlen durch finstere Geschäfte! Bank wechseln – Politik verändern!“

Die bundesweite Kampagne mit dem Motto „Krötenwanderung jetzt! Bank wechseln – Politik verändern!“ ist gestartet. Attac ruft dazu auf, zerstörerischen Großbanken den Rücken zu kehren – und gemeinsam für ein anderes Bankensystem zu streiten. Monatelang hat die Kampagnengruppe recherchiert, um in fünf Disziplinen die Banken zu durchleuchten: Welche verdient in Steueroasen? Welche macht Geschäfte mit Atom- und Rüstungsindustrie? Welche wettet auf Preissteigerungen von Nahrungsmitteln? Welche Bank ist besonders systemrelevant und welche betreibt die stärkste Politik-Beeinflussung? Jetzt liegt die Hintergrund-Broschüre vor, in der auch Alternativen vorgestellt werden: Darin enthalten sind sowohl die vier konsequentesten ethischen Banken als auch Tipps für eine kritische Auseinandersetzung mit lokalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Höchste Zeit, der bisherigen Bank Ade zu sagen!

Wer darüber hinaus aktiv werden möchte, findet dort reichlich Anregungen: Unser Postbankflyer sieht wie die Original-Postbank-Werbung aus und ist keineswegs nur für die geplanten Postbankaktionen einsetzbar (siehe Seite 10). Und mit unseren Anleitungen, Materialien und Vortragsfolien lassen sich Bankwechselpartys in Nullkommanix organisieren. Vielleicht bietet eine Attac-Gruppe in Eurer Nähe ja schon eine an?

Mehr Infos unter:
www.attac.de/bankwechsel
Kontakt:
bankwechsel@attac.de

Kay Oliver Schulze



Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

„European Network Academy for Social Movements" (ENA)

Gemeinsam die Zukunft gestalten!

9. bis 14. August 2011 in Freiburg im Breisgau



Foto: Sami Atwa

Während Medien über und Finanzmärkte gegen die Zukunft Europas spekulieren, organisieren wir eine Intensivzeit für ein lebendiges, demokratisches und solidarisches Europa von unten: Zum zweiten Mal kommen Attacies aus mehr als 20 Ländern zusammen, um mehrere Tage miteinander zu diskutieren, Zukunftsmodelle weiter zu entwickeln, Strategien auszuhecken und konkrete Verabredungen zu treffen. 2008 fand die erste europäische Sommeruniversität von Attac in Saarbrücken statt. Dieses Mal wird es sogar noch internationaler: Wie beim Weltsozialforum in Dakar verabredet, kommen etliche AktivistInnen aus afrikanischen Ländern, Japan und Kanada ebenfalls nach Freiburg.

Alternativen diskutieren und weiterentwickeln

Derzeit wird in vielen Ländern mit Leidenschaft am Programm für die ENA gearbeitet. Von Mittwoch bis Samstag wird es ein umfangreiches politisches Programm mit ca. 130 Workshops und verschiedenen Podien geben, das durch Exkursionen und ein vielfältiges Kulturprogramm abgerundet wird.
Als zentrale Veranstaltungen bereiten wir vier Foren zu den Hauptthemenachsen der ENA vor: Im Forum Finanzmärkte werden sich Dominique Plihon (Wissenschaftlicher Beirat von Attac Frankreich), Marica Frangakis (EuroMemo und Attac Griechenland) und Pedro Páez (Ecuador, Bank des Südens) mit Alternativen zum derzeitigen Finanzsystem beschäftigen. Christian Felber (Attac Österreich), Dexter Whitfield (Großbritannen, European Services Strategy Unit) und Susan George (Frankreich, Transnational Institute) skizzieren Wege zu einem demokratischen Europa. Im Forum Wirtschaft und Wege aus der sozialen Krise liegt der Schwerpunkt auf der Schuldenproblematik und Alternativen zu den europaweit aufgelegten Kürzungsprogrammen. Das Ökologieforum greift u. a. als Fortführung der Debatten des Kongresses im Mai 2011 in Berlin den Postwachstumsdiskurs auf.

Gemeinsam handlungsfähig werden

Dabei geht es vor allen darum, unsere Aktionen und Kampagnen international aufeinander abzustimmen. Wir wollen voneinander lernen und grenzüberschreitende Kooperationen verabreden. Die ENA ist eine Gelegenheit für alle europäischen Attacies und AktivistInnen sozialer Bewegungen, sich zu treffen und zusammen Alternativen zu entwickeln. So entstand bei der ESU vor drei Jahren auch das Netzwerk Aquattac, das seitdem international arbeitet. Dieses ist bei der Vorbereitung des Alternativen Wasserforums FAME im März 2012 in Marseille federführend. Auch für die ENA bereiten Wasser-AktivistInnen mehrere Workshops vor.
Neben den Foren und den vertiefenden Workshops gibt es zwei große Abendplena, in denen es zum einen um „Attac, Soziale Bewegungen und Gewerkschaften" geht: Wo können Attac und soziale Bewegungen zusammenarbeiten? Welches Synergiepotenzial gibt es? Diesen Fragen werden Alessandra Mecozzi (Italien, FIOM/CGIL), Alexandra Strickner (Attac Österreich) und Ulrich Brand (Wissenschaftlicher Beirat Attac Deutschland) nachgehen. Im Mittelpunkt des zweiten Plenums stehen zum anderen konkrete europäische Kooperationen: Welche gemeinsamen Aktivitäten planen die europäischen Attacs? Was sind die zentralen Themen, die alle Attacs verbinden?

Einander kennenlernen, miteinander feiern

Ein abwechslungsreiches Kulturprogramm lädt zum Kennenlernen, Feiern und zur Entspannung ein. Die Albert-Ludwigs-Universität ist eine der ältesten Universitäten Deutschlands. Diese geschichtsträchtige Institution hat ihren Sitz mitten im Herzen Freiburgs, eine Stadt, die für ihr sonniges, warmes Klima bekannt ist. Großstadtflair verbindet sich mit wunderschöner Landschaft. Spannende Exkursionen bieten die Möglichkeit, die Stadt und ihre Umgebung zu erleben. Die Freiburger Attacies laden uns zu einer „Bächletour" ein – einem Kunstprojekt durch die Freiburger Altstadt und extra für die ENA konzipiert. Darüber hinaus erwarten uns ein internationales Filmprogramm, Lesungen, Theateraufführungen und als Highlight zu später Stunde Live-Konzerte mit Rainer von Vielen, The Crooners, Johanna Zeul, Attila Tapolczai, Ma Valise und Guts Pie Earshot.

Mehr zum Programm, zur Anmeldung, zu Unterkünften etc. findet Ihr auf der ENA-Homepage:
www.ena2011.eu

Alexis Schwartz, ENA Programmkoordination

Aus dem Attac-Shop

Die Kampagne „Krötenwanderung jetzt! Bank wechseln – Politik verändern!“ hat ihren ersten Meilenstein erreicht und zwei zentrale Materialien veröffentlicht. Sie können direkt im Attac-Webshop bestellt werden.

Broschüre „Krötenwanderung jetzt! Bank wechseln – und Druck machen für ein anderes Bankensystem!“

Herausgegeben von der Attac Kampagnengruppe mit freundlicher Unterstützung von FIAN, Lobbycontrol, dem Südwind-Institut, Urgewald und Weed.



Bankenskandale, Bankengeschäfte, Bankenprofite und Bankenkrise: Die Wut auf „die Banken“ ist groß, aber vielerorts auch die Ohnmacht. Das darf nicht so bleiben! Attac ruft dazu auf, allen Banken den Rücken zu kehren, die Menschenrechte mit Füßen treten, die Demokratie aushöhlen und der Allgemeinheit die Kosten ihrer riskanten Spekulation aufbürden!

In unserer Bankwechsel-Broschüre informieren wir über Kriterien, nach denen Jede und Jeder entscheiden kann, bei welcher Bank Girokonten, Sparbücher oder andere Geldanlagen mit gutem Gewissen angelegt werden können. Attac zeigt auf, bei welchen Banken man kein Konto haben sollte: Etwa, weil sie als „systemrelevant“ mit Steuermilliarden gerettet wurden und nun munter weiter spekulieren; weil sie in Rüstungs- und Atomindustrie investieren und Geschäfte mit dem Hunger machen; oder weil sie in Schattenfinanzplätzen undurchsichtige Geschäfte machen und Steuern vermeiden. Die Broschüre verrät aber auch, bei welchen Banken man sein Konto mit besserem Gewissen haben kann und stellt die Ergebnisse der inhaltlichen Analysen in einer übersichtlichen Ergebnistabelle zusammen. Außerdem gibt es einen Serviceteil mit praktischen Hilfestellungen für den eigenen Bankwechsel und Leitfragen, anhand derer die eigene Bank unter die Lupe genommen werden kann. Abgerundet wird die Broschüre von einem Überblick über die Versäumnisse und Fehler der Krisenpolitik und der Erläuterung zentraler Attac-Forderungen.

Geheftet, 32 S., 2,– EUR

Der Postbankflyer



Seit Ende letzten Jahres gehört die Postbank mehrheitlich der Deutschen Bank. Ein guter Grund, Postbank-KundInnen zu fragen, ob sie bei dieser Bank bleiben wollen. Unser Flyer leistet dafür gute Dienste: Er sieht aus, als sei er von der Postbank-Werbeagentur gestaltet. Doch in unserem Plagiat lautet der bekannte Werbespruch plötzlich „Unterm Strich zahl ich!“. Und die folgenden sieben Seiten klären prägnant und eindringlich darüber auf, welche Machenschaften des neuen Mehrheitseigners die alten KundInnen nun zwangsläufig unterstützen. Ein reizvolles und ansprechendes Material, das zum Wechsel und zum Protest aufruft und es verdient, nicht nur im Rahmen unserer Postbankaktionen verteilt zu werden.

Der Flyer ist kostenlos gegen Versandgebühren erhältlich.

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Bitte, so vorhanden,
die [Bestellnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert. Die Daten werden den Regionalgruppen von Attac für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht; eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per mail an:
info@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Gabriele Rohmann,
Richard Schmid, Kay Schulze,
Steffen Stierle
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Nimm deine Asche und feuer deine Bank!

Bank wechseln,
Politik verändern,
und gleich unterschreiben!
Kampagne:
www.attac.de/bankwechsel

Krötenwanderung jetzt!
Bank wechseln,
Politik verändern!
www.attac.de/bankwechsel
attac

Schreib Deiner Bank einen Abschiedsbrief!

Eindringlich, satirisch,
sarkastisch
Wir stellen sie online, die
drei schönsten bekommen
eine Attac-Tasse
Kontakt:
bankwechsel@attac.de

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit. Tel. 069–900 281–10 oder per E-Mail an: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

Für eine starke internationale Bewegung!



Robin Hood für die Transaktionssteuer: Proteste in Mexiko

Europa steht in der Krise am Scheideweg. Die Neoliberalen nutzen die Gunst der Stunde, um eine Politik durchzusetzen, die starke Beschneidungen der Demokratie und einen immer weiter gehenden Sozialabbau mit sich bringt. Den Anfang haben die Sparpakete gemacht, mit denen die Kosten der Krise nach unten umverteilt werden. Als nächstes sollen mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dem Pakt für den Euro und anderen Maßnahmen die wirtschaftspolitischen Spielregeln der EU so überarbeitet werden, dass nur noch eins zählt: die Wettbewerbsfähigkeit. Hier wird eine Politik gegen die Interessen der meisten Bürgerinnen und Bürger Europas betrieben.

In vielen europäischen Ländern gehen die Menschen deshalb auf die Straße; nahezu stündlich gibt es Neuigkeiten aus Spanien und Griechenland. Die Protestbewegungen wollen eine Alternative zu dieser sozial und ökologisch ignoranten Politik erkämpfen.

Es sind bekannte Attac-Forderungen, die eine bessere Antwort auf die Krise geben können als die aktuelle Politik des Holzhammers: Die Finanzmärkte müssen streng reguliert und Finanztransaktionen besteuert werden; es braucht europaweite Mindeststandards bei den Löhnen und den sozialen Sicherungssystemen; Vermögen und Unternehmensgewinne müssen koordiniert höher besteuert und die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger Europas ausgebaut werden. Diese Maßnahmen würden helfen, einen solidarischen Weg aus der Krise einzuschlagen. Sie würden die neoliberalen Reformen überflüssig machen und die sozialen Ungleichheiten in Europa abbauen.

Aber ihre Umsetzung muss erkämpft werden. Viele Attacies auch aus Deutschland engagieren sich deshalb zurzeit besonders in der internationalen Zusammenarbeit, reisen nach Madrid oder Athen, um die Proteste an Ort und Stelle zu unterstützen, um von den Aktiven dort mehr über ihre Lage zu erfahren und um gemeinsame Strategien für unsere politische Arbeit zu entwickeln. Unter www.attac.de/eurokrise finden sich aktuelle Informationen zu unserem aktuellen Engagement, Berichte von der Lage vor Ort und viele Hintergrundpapiere zur Eurokrise.

Internationale Aktivitäten sind leider teuer. Wir freuen uns, wenn Du uns mit einer Spende hilfst, die dadurch entstehenden Mehrkosten wie Fahrt- und Übersetzungskosten aufzufangen. Ganz leicht geht das entweder mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder online unter:
www.attac.de/spenden

Vielen Dank für Deine Unterstützung!

